

DOPPELHAUSHALT		2019/2020
STELLUNGNAHME zu Antrag		237a-c
Die Linke	Seite HH-Plan	Produktgruppe
---	258	3180-500
---	Erlös-/Aufwandsart Ein-/Auszahlungsart	
---	Transferaufwendungen	

Karlsruher Pass und Kinderpass - Verbesserung der Leistungen		

Die Linke beantragt, die Leistungskürzungen beim Karlsruher Pass und Kinderpass zurückzunehmen. Außerdem wird eine Erhöhung der Leistungen um 10 Prozent beantragt. Zusätzlich beantragen sie ein kostenfreies ÖPNV-Ticket für die Passinhaberinnen und Passinhaber.

Die Änderungen der Karlsruher Pässe mit Gemeinderatsbeschluss vom 26. Juli 2016 führten zu einer einheitlichen Angebots- und Kostenstruktur, dadurch zu mehr Übersichtlichkeit, Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Leistungen, außerdem zu einer besseren Planbarkeit der jährlichen Kosten. Die vertretbare Mehrbelastung bei einzelnen Angeboten: Zooeintritt (Jahreskarte Kinder 5 Euro; Jahreskarte Erwachsene 1/3), bei der Volkshochschule/Jugendkunstschule (50 Prozent), Bäder (1/3 Freibadsaisonkarte), Konservatorium (1/3), hat sich bewährt. Die Inanspruchnahme ist unverändert hoch. Bei den Ferienangeboten (2/3 Zuschuss, maximal 100 Euro pro Angebot) ist ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Der Eigenanteil bewirkt, dass die Schere zwischen den Kunden, die reguläre Preise bezahlen müssen, und Kunden, die Karlsruher Pass/Karlsruher Kinderpass-berechtigt sind, nicht zu groß wird und die Passinhaberinnen und Passinhaber als Kunden und nicht als Almosenempfänger wahrgenommen werden.

Der derzeitige 50-prozentige Zuschuss zu den Sozialtickets beträgt circa 2 Millionen Euro. Ein kostenfreies Ticket würde den städtischen Haushalt um mindestens weitere 2 Millionen Euro belasten. Zusätzlich ist davon auszugehen, dass sich die Inanspruchnahme des ÖPNV erhöhen und dies zu weiteren Kostensteigerungen führen würde. Die Kostensteigerung durch den jährlichen Anstieg der Preise des Karlsruher Verkehrsverbundes ist nicht mit einberechnet.

Eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV der Passinhaberinnen und Passinhaber des Karlsruher Passes und des Kinderpasses hätte zudem zur Folge, dass es zu einer erheblichen Diskrepanz zum Personenkreis der nicht passberechtigten und dennoch minderbemittelten Bevölkerung in Karlsruhe käme. Die Passinhaberinnen und Passinhaber wären auch keine Kunden, sondern Almosenempfänger. Dies widerspricht der Philosophie der Karlsruher Armutsbekämpfung.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den Antrag abzulehnen.

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

25.09.2018

DOPPELHAUSHALT

2019/2020

Antrag zum Thema

Karlsruher Pass und Kinderpass - Verbesserung der Leistungen- Rücknahme der Leistungskürzungen und zusätzlich Erhöhung der Leistungen um 10 Prozent

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 256	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 3180-500					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2019	2020	2021	2022	2023
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

Karlsruher Pass und Kinderpass - Verbesserung der Leistungen- Rücknahme der Leistungskürzungen und zusätzlich Erhöhung der Leistungen um 10 Prozent

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- ▶ bitte Zuschussempfänger eintragen

▶ Sachverhalt | Begründung

Wir beantragen die Rücknahme der Leistungskürzungen bei Karlsruher Pass und Kinderpass aus 2017. Zusätzlich soll das Leistungsangebot um 10 Prozent erhöht werden. Die Stadt erarbeitet ein entsprechendes Konzept und legt es dann dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Karlsruher Pass und Kinderpass stellen für viele Kinder, Familien und Bürger/innen eine wichtige Einrichtung für soziale und kulturelle Teilhabe dar. Die in 2017 erfolgte Kürzung einzelner Leistungen hat im Einzelfall hart getroffen. Der Einspareffekt für den Haushalt war dem gegenüber gering. Sozial-schwache Bürger/innen dürfen prinzipiell kein Objekt für Haushaltssanierungen sein. Erst recht, wenn sich Prekariat und Armut derart ausbreiten und noch verschlimmern, wie es seit Jahren aufgrund bewusster politischer Weichenstellungen der Fall ist.

Unterzeichnet von:

Niko Fostiropoulos

Sabine Zürn

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe



26.09.2018

DOPPELHAUSHALT 2019/2020

Antrag zum Thema

Karlsruher Pass - ÖPNV-Tickets kostenfrei, als echtes Sozialticket

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 256	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 3180-500					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2019	2020	2021	2022	2023
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- ▶ bitte Zuschussempfänger eintragen

▶ Sachverhalt | Begründung

Die Debatte über kostenlosen öffentlichen Nahverkehr und die aktuell zu hohen Preise für den ÖPNV ist ins Rollen gekommen. Als einen ersten Schritt beantragen wir, dass der ÖPNV für Inhaber/innen des Karlsruher Passes kostenfrei wird.

Damit soll dieser Personengruppe, die in vielen Lebensbereichen starke Einschränkungen hinnehmen muss, eine höhere Mobilität ermöglicht werden.

Unterschiedet von:

Niko Fostiropoulos

Sabine Zürn

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

26.09.2018

DOPPELHAUSHALT

2019/2020

Antrag zum Thema

Karlsruher Pass und Kinderpass - Ausweitung der Bezugsberechtigung bzw. Anhebung der Bemessungsgrenze um je 10 Prozent in 2019 und 2020

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 255	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 3180-500					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2019	2020	2021	2022	2023
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input checked="" type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

Karlsruher Pass und Kinderpass - Ausweitung der Bezugsberechtigung bzw. Anhebung der Bemessungsgrenze um je 10 Prozent in 2019 und 2020

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- ▶ Inhaber des Karlsruher Passes und des Kinderpasses

▶ Sachverhalt | Begründung

Wir beantragen die derzeitige Berechtigungs- bzw. Bemessungsgrenze für den Karlsruher Pass für 2019 und 2020 um je 10 Prozent anzuheben.

Nicht nur Bürger/innen in Grundsicherung oder Hartz IV sind von Armut betroffen oder leben an der Armutsgrenze. Jährlich erhöhen sich die Preise, die Mieten sind derzeit starke Kostentreiber besonders für schmale Einkommen. Wir wollen die Teilhabe von Menschen verbessern, die auch als Working Poor bezeichnet werden. Deren Zahl steigt durch die Ausbreitung unsozialer Beschäftigungsverhältnisse, die von der Bundesregierung zugelassen werden, ständig an.

Unterzeichnet von:

Niko Fostirooulos

Sabine Zürn